

„Die Eich e“

Organ des Gewerkschaftsvereins der
Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)

Abonnementspreis pro Monat 50 Pf.
Bestellungen richtet man an den
Verlag: Gewerkschaft der Holzarbeiter
Deutschlands
Berlin NO. 55, Greifswalder Straße 222

Alle Zuschriften für die „Eiche“ an H. Varnholt, Uim a. D., Karlsstr. 47, Telefon 1442
Alle für das Hauptbüro des Gewerkschaftsvereins bestimmten Paketen sind zu adressieren
Gewerkschaft der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin NO 55, Greifswalder Straße 222
Sämtliche Beisendungen an M. Schumacher, Berlin NO 55, Greifswalder Straße 222
Postfachkonto 89821 beim Postfachamt Berlin NW 7, Telefon Berlin Alexander 4719

Anzeigen die 4-spaltige Vertikale
20 Pfennig
Arbeitsmarkt 15 Pfennig
Ortsvereinsanzeigen 10 Pfennig

Auswirkungen der Preissteigerung für die notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel.

Mit ernster Sorge muß jeder die allgemeine Preissteigerung auf dem Lebensmittelmarkt betrachten. Die Auswirkungen unserer unglückseligen Schutzzollpolitik machen sich in einer Weise bemerkbar, die außerordentlich große Gefahren in sich birgt. Hinzu kommt, daß im Handel und in der Industrie eine Profitgier herrscht, die kaum noch übertroffen werden kann. Die Spitzenverbände haben wiederholt ihre Warnungen an die verantwortlichen Kreise ergehen lassen, ohne daß ein beachtenswerter Erfolg zu verzeichnen gewesen ist. Nach außen hin versucht die Regierung durch Veröffentlichung der Indexpunkte den Anschein zu erwecken, als ob die Preissteigerung nur mäßig vor sich geht, man bekommt es sogar fertig von einer Verbilligung der Lebensmittel und Bedarfsartikel zu reden. Es ist doch ein offenes Geheimnis, daß die breiten Massen des Volkes jedes Interesse für die Indexpunkte verloren haben. Die wahren Tatsachen, die hungrigen Mäuler in den Familien bringen die wahren Indexpunkte zum Ausdruck. Man spricht jetzt viel von Schicksalsgemeinschaft. Wie hat dieses edle Wort eine größere Verzerrung erlitten wie in dieser Zeit. Es bedarf keiner Beweise, sondern die Tatsachen sprechen für sich, ja es grenzt geradezu an Bewunderung, wie die deutschen Arbeiter Not und Entbehrung jahrelang aushalten und geduldig ertragen haben, während diejenigen Kreise, die sich heute in Schwärmungen gegenseitig übertrumpfen, geschwelgt haben. In der Zeit, in welcher man der Arbeiterschaft die lauer erworbenen Sparpfennige raubte, verstanden es andere Kreise ihre Werte nach dem Ausland zu schaffen. Es erweckt beinahe den Anschein, als ob bestimmte Kreise wieder darauf hinsteuern ein Stück Inflation herbeizuführen. Geradezu unverständlich ist es, wenn z. B. Aktiengesellschaften der Textilindustrie 15 Prozent Dividende ausschütten und zu gleicher Zeit ihre Preise um 15 Prozent erhöhen, ähnlich treibt man es in anderen Industrien. Industrie und Landwirtschaft werfen sich gegenseitig die Bälle zu. Die Butter ist schon längst ein Luxusartikel geworden, Mehl und andere Margarineerzeugnisse haben in verstärktem Maße Einzug auf den Tisch der Arbeiterfamilien gehalten. Damit auch die wichtigsten Nahrungsmittel der Arbeiterbevölkerung nicht hinten an bleiben soll, verdoppelte man den Kartoffelzoll und verteuerte den Zucker. Die Fleischpreise haben eine Höhe erreicht, die kaum noch übertroffen werden können.

Alle diese Vorgänge lösen naturgemäß eine tiefgehende Unzufriedenheit unter den breiten Massen des Volkes aus, die zunächst bei den z. Bt. getätigten Staats- und Kommunalwahlen zum Ausdruck kommt. Dann aber auch werden die Organisationen bestirmt, Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, einen Ausgleich für die verteuerte Lebenshaltung zu schaffen. Diesem Drängen können sich die Führer der Organisationen nicht verschließen, zumal eine Berechtigung der erhobenen Wünsche vorliegt. Soweit nicht längere Bindungen bei Lohnverträgen vorliegen, sind dieselben überall gekündigt und man kann im wahren Sinne des Wortes von einer Lohnbewegungswelle, die sich auf alle Industrien und über das ganze Reich erstreckt, reden. Bei den Schlichtungsbehörden herrscht Hochkonjunktur, wo man den Lohnausgleich verweigert hat, ist es zu umfangreichen Arbeitsniederlegungen gekommen. Die Verantwortung hierfür tragen die Kreise, welche diese Preissteigerung hervorgerufen haben. Die Arbeiterschaft fragt nicht mit Unrecht, ob sie stets Anstoß spielen sollen, während das Unternehmertum einen unverkennbaren Luxus betreibt. Die deutschnationale Eugenberapresse ist natürlich gleich bei der Hand die Arbeiterschaft mit dem schweren Vorwurf zu belegen, daß durch die Lohnforderungen und Erhöhungen die Inflationsgefahr gefördert wird. Diese Kreise wissen genau, daß die Arbeiterschaft an einer Inflation nicht das geringste Interesse hat. Dieselbe überläßt die Forderung dieser Gefahr gerne den Kreisen, die Kapital aus der Sache herausgeschlagen haben. Die Arbeiterschaft ist viel zu national eingestellt, als daß dieselben an solchen Manövern Interesse hätte. Was dieselbe jedoch will, ist, daß man auch ihr einen größeren Gewinnanteil zukommen läßt.

Betrachten wir die Dinge, wie sie liegen. Die Unternehmer in ihrer Mehrzahl sind heute meist noch so eingestellt, den Lohn der Arbeiter möglichst niedrig zu halten. Ob derselbe zur Erhaltung der Familie ausreicht, hat den Unternehmern noch nie Kopfschmerzen verursacht. Tritt irgend eine Geschäftsstockung ein, dann versucht man sich durch Lohnabzug schadlos zu halten, auf jede Art und Weise versucht man die Lasten auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Tritt eine Materialverteuerung ein, dann nimmt man diese Tatsache als angeblich unabwendbar ohne weiteren Widerstand in Kauf. Hier bringt man nicht den Mut auf, sich gegen die Belastung zu wehren, dagegen geht man sofort zur Abwehr über, wenn eine Forderung auf Lohnausgleich gestellt wird. Daraus ergibt sich die logische Folgerung, daß man die Arbeiterschaft als den schwächeren Teil ansieht. Dies sollte auch unseren Kollegen zum Nachdenken Anlaß geben.

Auf eine Gefahr sei an dieser Stelle besonders hingewiesen, daß ist die Bedrohung der deutschen Wirtschaft durch die Syndikate und Kartelle. Betrachten wir die Mißwirtschaft im Braunkohlenbergbau, dann braucht man sich über manche Vorgänge nicht mehr zu wundern. Der heutige Preis für einen Zentner Briketts kostet frei Haus beinahe 2 Mk. und soll nach Ankündigung eine weitere Preissteigerung erfahren. Die einzelnen Bergwerke haben sich zu einem Braunkohlensyndikat zusammengeschlossen, welches nun einfach die Preise diktiert. Diese Beherrscher der Syndikate kommen nun, sobald eine Lohnforderung seitens der Arbeiter gestellt wird, mit der bequemen Ausrede, indem sie erklären, daß sie die Löhne nur dann erhöhen können, wenn gleichzeitig eine Steigerung der Kohlenpreise bewilligt wird, man will hier mit der einen Hand geben und mit der anderen nehmen. Wie hoch die Gewinnmöglichkeit des Bergbaues und die durch den Zwischenhandel zu erzielenden Gewinne einschätzt, geht daraus hervor, daß man für Aktien 420 Prozent auf der Börse anlegte. Die Tagespresse bringt spaltenlange Artikel über Skandale im Braunkohlenbergbau, aus denen hervorgeht, daß man sich bei solcher Wirtschaft nicht wundern darf, wenn die Kohlenpreise heute das 2½ fache des Friedenspreises erreicht haben. Allen diesen Vorgängen muß die Arbeiterschaft erhöhte Aufmerksamkeit schenken, wobei man nicht in den allgemein gebräuchlichen Fehler verfallen darf, alle Hilfe vom Staat zu erwarten. Gewiß ist der Staat dazu da, solche Vorgänge, wie im Bergbau zu beseitigen. Wir als Gewerkschafter sollten uns unserer Tradition gemäß mehr auf die Selbsthilfe einstellen. Dazu gehört daß wir uns bemühen, die Gefahren, welche unsern Wirtschaftskörper bedrohen, zu erkennen und dann rücksichtslos auf Abhilfe drängen. Hierzu bedarf es der dauernden Aufklärung durch Wort und Schrift. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß durch immer neue Erschütterungen der Wirtschaft und weitere Deuerung eine Senkung der Reallohne, sowie eine damit verbundene Erschwerung der Lebenshaltung aller Konsumenten herbeigeführt wird. Vor einigen Wochen kündigte der Reichsfinanzminister Dr. Köhler die Neuregelung der Beamtengehälter an. Dabei wies er zugleich darauf hin, daß diese Maßnahme durchaus nicht den Auftakt für eine neue Preiswelle zu bilden brauche. In er verkündete, daß die Reichsregierung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen jede Preistreiberi vorgehen werde. Was erleben wir heute? Unaufhaltsam geht die Welle aufwärts und löst Lohnbewegungen aus. Scharfe Kämpfe werden auf der ganzen Linie ausgefochten, auch das Holzgewerbe ist davon nicht verschont geblieben. In Berlin ist es bereits zu Arbeitsniederlegungen gekommen. In Striegau haben die Kollegen der Bürsten- und Pinselindustrie die Arbeit niedergelegt. Das im April d. J. getätigte Lohnabkommen ist bis zum 15. Februar 1928 festgelegt. Die ernste Frage ergibt sich auch hier, ob unter diesen veränderten Verhältnissen es möglich ist, das Abkommen in der Form aufrecht zu erhalten, oder ob es möglich ist, durch gegenseitige Verständigung einen gangbaren Weg zu finden, der uns über die schwere Zeit hinweg hilft.

Es ist notwendig darauf hinzuweisen, welche Gewitterwolken am wirtschaftlichen Horizont aufziehen. Dieselben müssen zugleich ein Warnungssignal für alle beteiligten Kreise sein. Für unsere Kollegen erwächst hieraus die doppelte Pflicht, die ganze Kraft für die Stärkung und den Ausbau unserer Organisation Sorge zu tragen. Der alte Kampfesmut muß wieder neu entfacht werden. Das Bewußtsein der Stärke, getragen von dem Gedanken der Selbsthilfe, muß mit Begeisterung in unsere Reihen getragen werden. Die Stärke der Organisation wird immer als wirtschaftlicher Machtfaktor angesehen, darum genug der Worte, laßt Taten sehen.

Der Worte sind genug gewechselt.

Der Worte sind genug gewechselt,
Nehst laßt uns endlich Taten sehn.
Nicht mit stumm geballten Fäusten
Abseits, träg, untätig stehn.
Kein Hahn singt je im Schlaf der Fuchs,
Drum wache, schaffe, aber flugs!

Dem großen Ganzen freudig dienen,
Laß dich nicht durch andere zwingen,
Aus des Herzens tiefsten Tiefen
Mußt du frohes Opfer bringen;
Willst fremde Fesseln du zerschlagen
Darfst du nicht eigne Ketten tragen.

Nur von Menschen, die da wollen,
Wird die Welt, die Zeit regiert.
Aber nur von Ueberzeugten,
Die des Lebens Noth gespürt.
Wer die Massen will regieren,
Muß sich selbst erst lernen führen.

Nadte nicht mit jedem Groschen,
Der dem Werke ist geweiht.
Doppelt gibt, wer gern und freudig
Sein Scherflein für das Ganze heut.
Der Groschen, der als Beitrag klingt,
Tausendfältig Zinsen bringt.

Klaren Blickes vorwärts schreiten,
Sich das Schickal selbst bereiten,
Auf die eigne Kraft vertrauen,
An dem Wohl der Menschheit bauen;
Wenn wir so in allen Dingen
Selbst nach Recht und Wahrheit ringen,
Mildern helfen die Beschwerden;
Ja, dann muß es anders werden.

Schließt die Reihen!

Die Not der Zeit, die Machtgelüste der Unternehmer haben die Führer der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer erneut auf den Plan gerufen. Ueberall macht sich reges Leben unter den Kollegen und Kolleginnen bemerkbar. Man merkt auf, man fühlt, daß etwas vorgeht, die Frauen machen ihre Männer auf die neue Preiswelle aufmerksam. Da sträßen sich die Muskeln, der Blick wird ernster, man jängt an, die teilweise angenommene Interessenlosigkeit abzuschütteln. So und nicht anders haben wir es erwartet, wir wissen, wenn die Organisation ruft, auch die bewährten Kämpfer ihre Reihen ausfüllen. Diese ernsten Zeiten zwingen jede Organisation Umschau zu halten, es gilt festzustellen, ob die Reihen gefüllt sind, ob jeder auf seinem ihm angewiesenen Posten seine Pflicht erfüllt. Wir haben keine Ursache schwarz in die Zukunft zu blicken, wir haben stets in der schwersten Zeit zu den Optimisten gehört. Das schließt jedoch nicht aus, daß wir unsere warnende Stimme aus der berechtigten Sorge, die uns zur Zeit bedrückt, erheben und zur Bereitschaft auffordern. In dem Leitartikel ist auf verschiedene Vorgänge, die sich gegenwärtig abspielen, hingewiesen worden. Die dunkeln Wolken am politischen und wirtschaftlichen Horizont zwingen uns als verantwortliche Führer, unsere Kollegen und die breite Öffentlichkeit auf die Gefahr aufmerksam zu machen. Die reaktionären Kreise wittern Morgenluft, sie bauen auf die Uneinigkeit der Massen. Mit kaltem Lächeln sehen sich diese Kreise über jede Fortsetzung der Lebenshaltung hinweg. Woher nehmen diese Kampfreue des Wirtschaftslebens den Mut, sich über das täglich erscheinende Glend hinweg zu setzen. Das kommt daher, sie bauen darauf, daß viele Menschen vollständig gedankenlos und stumpfsinnig in den Tag hineinleben. Sie haben nicht den Mut sich aufzuraffen, ihnen selbst das Verantwortungsgefühl, welches sie gegenüber ihrem Familienstand übernommen haben. Sie vergessen, daß nicht jedermann nur das Recht, sondern die Pflicht hat, an der Verbesserung seines Loses mitzuarbeiten.

Gerade wir Holzarbeiter haben eine Tradition hinter uns, wir haben wiederholt gezeigt, daß wir nicht nur verstehen, ein gutes Stück Arbeit herzustellen, oder die Inneneinrichtungen der Wohnungen geschmackvoll herzurichten, wir haben es auch verstanden, für angemessene Leistung auch eine angemessene Entlohnung zu erzielen. Nehmt wir einen Rückblick auf die Sägewerksindustrie, welche vor- und im wesentlichen Verhältnisse waren dort anzutreffen. Es lag zum größten Teil daran, daß die dort beschäftigten Arbeiter entweder gar nicht oder fast organisiert waren. Nachdem diese Kollegen den Weg zu den Organisationen gefunden haben, sind auch dort geordnete Verhältnisse eingetreten. Damit soll nun nicht gesagt sein,

daß nichts mehr zu tun übrig bleibt. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die Reaktion jetzt Morgenluft wittert, beachten wir daher die Vorgänge schärfer als bisher. Die Schutztruppe der Unternehmer, die sogenannten „Gelben“ nennen sich jetzt mit Vorliebe Wertvereine, sie machen alle Anstrengungen als tariffähig zu gelten, was ihnen bisher noch nicht gelungen ist, doch ist äußerster Wachsamkeit am Platze. Ein Vorkommnis aus neuester Zeit. Mit dem Arbeitgeberverband für den Kreis Wittgenstein ist unsererseits ein Lohn- und Arbeitstarifvertrag abgeschlossen worden. Einer der größten Firmen in Erndtebrück, die Firma Berger ist aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten. Diese an und für sich nur der Firma selbst angehende Angelegenheit würde uns wenig Interesse abgewinnen. Besonderen Wert jedoch legen wir darauf, daß auch bei dieser Firma die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich für die dort beschäftigten Kollegen mit unserer Organisation geregelt werden, zumal der übergroße Teil der dort Beschäftigten bei uns organisiert sind. Die Firma zeigte hierzu wenig Neigung, ging vielmehr dazu über mit dem Vorsitzenden des dortigen Betriebsrats einen eigenen Werksvertrag abzuschließen, um damit zu gleicher Zeit die Organisation auszuschalten.

Daß der Betriebsratsvorsitzende sich zu solchen Machitationen des Unternehmers hergab und damit einen Verrat an den Kollegen ausübte, sei nur nebenbei erwähnt. Mit demselben werden die Kollegen des Betriebes und auch die Organisationen abrechnen. Herr Berger, der Betriebsinhaber hat jedoch die Rechnung ohne unsere Organisation gemacht. Der so geschaffene Werksvertrag wurde von uns angefochten und auf dem Wege der staatlichen Schlichtungsbehörde für ungültig erklärt. Die Kollegen des dortigen Kreises werden sich bei dieser Gelegenheit erinnern, welche unendliche Mühe und Arbeit es unserm Gewerbeverein gekostet hat, um dort menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen. Sie seien daran erinnert, daß es und Arbeit es unserm Gewerbeverein gekostet hat, um dort menschen- gerade Herr Berger war, der unserer Organisation den größten Widerstand entgegen setzte. Wenn demselben seine reaktionären Pläne nicht gelungen sind, dann können die Kollegen es nur unserer Organisation verdanken, die mit wachsamem Auge die Interessen der Kollegen gewahrt hat. Dank und Anerkennung gebührt allen Kollegen, die allen Verlockungen der Unternehmer widerstanden, und sich durch rastlose Werbearbeit ausgezeichnet haben. Vieles jedoch ist noch zu tun, mehr denn je ist hier die Mahnung: Schließt die Reihen!, angebracht. Der Boden dort ist gar zu steinig, als daß er in kurzer Zeit fruchtbringend beadert werden könnte. Hierzu gehört unermüdbare Kraft und Ausdauer. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg, die Kollegen müssen zeigen, daß auch sie ein Recht haben ein menschenwürdiges Dasein zu führen, daß auch sie für ihre Arbeit eine angemessene Entlohnung zu beanspruchen das Recht haben. Wo es nicht gewährt wird, da muß mit Hilfe der Organisation dasselbe erkämpft werden. Noch stehen zahlreiche Arbeitskollegen abseits, sie haben immer noch nicht den Wert der Organisation erkannt. Welch reichhaltiges Arbeitsfeld ergibt sich hier für unsere eifrigen Kollegen, welche Erfolge winken ihnen dort zu. Kollegen denken wir immer daran, daß nur in der Stärke der Organisation, in dem festen Zusammenschluß die Macht liegt. Was du tust für deine Mitbrüder, das tust du gleicher Zeit im Interesse deiner selbst, deiner Familie.

Ueberall im ganzen Reiche muß die Werbearbeit mit erneuter Kraft aufgenommen werden. Alt und Jung vereinigen sich zu gemeinsamer Tatkraft. In allen Versammlungen, an die Vertrauensmänner muß allerorts die Parole herausgegeben werden:

Auf zur neuen Werbearbeit!

Schließt die Reihen!

Die

heutigen Verhältnisse zeigen mit aller Deutlichkeit, wo die Arbeitnehmerschaft bleibt, wenn sie ihre Organisation vernachlässigt. Ohne

Organisation

ist ein Aufstieg der Arbeitnehmerschaft vollkommen ausgeschlossen, ja es ist noch nicht einmal möglich, ohne Organisation auch nur die bisherigen Errungenschaften zu halten. Es

ist

deshalb keine leere Redensart, wenn man fortgesetzt auf die Gefahren hinweist, die durch eine unorganisierte Masse heraufbeschworen werden, sondern diese Ermahnungen sind

notwendig!

Lohnbewegung in der Berliner Holzindustrie.

Die allgemeine Preiswelle veranlaßte die drei Arbeitnehmerorganisationen, das bis zum 30. September 1927 für die Berliner Holzindustrie gültige Lohnabkommen zu kündigen und den beiden Arbeitgeberorganisationen, den „Bereinigten Verbänden der Berliner Holzindustrie“, sowie der „Freien Vereinigung der Holzindustriellen“ zu Berlin nachstehende Forderungen zu unterbreiten:

Die Lohnzulagen auf alle zur Zeit bestehenden Löhne werden wie folgt festgesetzt:

1. Facharbeiter über 22 Jahre erhalten auf ihren bestehenden Lohn pro Stunde 0,15 M.
2. Hilfsarbeiter über 22 Jahre erhalten auf ihren bestehenden Lohn pro Stunde 0,12 M.
3. Facharbeiterinnen über 22 Jahre erhalten auf ihren bestehenden Lohn pro Stunde 0,10 M.
4. Hilfsarbeiterinnen über 22 Jahre erhalten auf ihren bestehenden Lohn pro Stunde 0,08 M.
5. Die Lohnzulagen für die Altersklassen von 16—22 Jahren errechnen sich nach dem im Lohnabkommen vom 12. Februar 1927 festgesetzten Schlüssel.
6. Sämtliche am 30. September 1927 bestehenden Akkordtarife werden um 14 Prozent erhöht.
7. Für Montagen außerhalb Berlins beträgt der Mindestzuschlag 8,50 M. pro Tag, einschließlich Sonntags.
8. Für den Fall, daß im Januar oder Februar 1928 neue Mietssteigerungen eintreten, gelten die unter Ziffer 6 des Lohnabkommens vom 12. Februar 1927 festgesetzten Bestimmungen mit der Maßgabe, daß die Mietszulage jedem Arbeitnehmer auf seinen bestehenden Lohn oder Akkord hinzuzurechnen ist.
9. Die tariflichen Durchschnittslöhne betragen:
Für Facharbeiter über 22 Jahre 1,26 M.
Für Hilfsarbeiter über 22 Jahre 1,05 M.
Für Facharbeiterinnen über 22 Jahre 0,87 M.
Für Hilfsarbeiterinnen über 22 Jahre 0,71 M.

Die Löhne der übrigen Altersklassen errechnen sich nach dem unter 5 erwähnten Schlüssel.

10. Das Lohnabkommen gilt vom 1. Oktober 1927 bis zum 15. Februar 1928.

Wird von keiner der vertragschließenden Parteien 14 Tage vor Ablauf die Kündigung ausgesprochen, so verlängert sich das Abkommen stets bis zum Abschluß der letzten Lohnwoche im Monat.

Auf diese Forderungen und der am 14. September überreichten Kündigung erhielten wir zunächst die Antwort, daß infolge der veranstandeten Messe und einiger dringenden Reisen es nicht möglich sei, in Verhandlungen einzutreten, doch wurden solche Ausgangs September in Aussicht gestellt. Besondere Schwierigkeiten bestanden darin, daß es bis zum heutigen Tage noch nicht möglich war, die feindlichen Brüder im Arbeitgeberlager an einen gemeinsamen Verhandlungstisch zu bringen. Man mußte daher mit getrennten Verhandlungen rechnen.

Die ersten Verhandlungen wurden zuerst am 28. September mit der „Freien Vereinigung“ aufgenommen. Das Angebot der Arbeitgeber den Tariflohn von 1,11 M. auf 1,16 M. zu erhöhen, wurde arbeitnehmerseits als undiskutabel abgelehnt. Eine mit den „Bereinigten Verbänden der Berliner Holzindustrie“ am 30. September geführte Verhandlung brachte dasselbe Resultat.

Die Stimmung in den Betrieben war durch die eminente Preissteigerung äußerst gereizt. Um jedoch sämtliche Einigungsmöglichkeiten nicht unerschöpft zu lassen wurden die Verhandlungen mit der „Freien Vereinigung“ weiter fortgesetzt, ohne uns jedoch wesentlich näher zu kommen, denn ein Angebot von 8 Pfg. pro Stunde, dazu noch gestaffelt, mußte als völlig unzureichend abgelehnt werden. Mittlerweile waren die „Bereinigten Verbände“ dazu übergegangen den staatlichen Schlichtungsausschuß anzurufen. Bevor derselbe jedoch in Aktion getreten war, hatten zirka 1300 Kollegen aus den größeren Betrieben die Arbeit niedergelegt. Die am 12. Oktober vor dem Schlichtungsausschuß geführten Verhandlungen verliefen ergebnislos. Auf einen von Gewerberat Körner gemachten Vorschlag erklärten die Arbeitgebervertreter sich dafür nicht einsetzen zu können. Dieser Vorschlag lautete Tariflohn ab 1. 10. bis 31. 12. 27 1,20 M. (9 Pfg. Erhöhung), Tariflohn ab 1. 1. bis 31. 3. 1928 1,22 M. (weiter 2 Pfg. Erhöhung). Eine am folgenden Tage abgehaltene Funktionärversammlung beschloß die Arbeitsniederlegung für sämtliche Betriebe, daß am Freitag, den 14. Oktober überall die Arbeit ruhte.

Infolge dieser Vorkommnisse hatte Herr Gewerberat Körner zum selben Tage ein der gesetzlichen Bestimmungen entsprechendes Schiedsgericht eingesetzt. Auch hier mußte wieder getrennt verhandelt werden, doch waren von den Arbeitgeberseite je einer der „Freien Vereinigung“ und einer der „Bereinigten Verbänden“ entnommen. Der Schlichtungsausschuß fällt nach längeren Verhandlungen folgenden einstimmigen Schiedspruch:

Zwischen den Parteien wird folgendes Lohnabkommen abgeschlossen:

1. Gemäß § 11 der Bestimmungen des Manteltarifvertrages wird der Durchschnittslohn des Facharbeiters über 22 Jahre mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. auf 1,20 M. und mit Wirkung vom 1. Januar 1928 auf 1,23 M. festgesetzt.

Im übrigen verbleibt es bei dem bisherigen Schlüssel.

2. Arbeiter und Arbeiterinnen mit höherer Leistungsfähigkeit, die gemäß § 13 Absatz 2 des Manteltarifvertrages höhere Löhne als die Tariflöhne hatten, behalten den Vorprung, den sie gegenüber den Tariflöhnen des Abkommens vom 12. Februar d. J. hatten auch in Pfenningen gegenüber den unter Ziffer 1 dieses Vertrages festgelegten Löhnen.

3. Laufende Akkorde sind um den gleichen Prozentsatz zu erhöhen, wie die Tariflöhne.

4. Für Montagen außerhalb Berlins, bei denen ein Uebernachten notwendig ist, beträgt der Mindestzuschlag 7 M. für den Tag einschließlich des Sonntags.

5. Der letzte Satz der im Abkommen vom 12. Februar d. J. festgelegten Mietsklausel erhält folgende Fassung:

Treten gelegliche Mietssteigerungen ein, so erhöhen sich die Tariflöhne und die Löhne sämtlicher im Zeitlohn und im Akkord beschäftigter Arbeiter über 22 Jahre um den Betrag pro Lohnstunde, auf den durch die Mietssteigerungen die Lohnstunde über 17,4 Pfg. hinaus belastet wird.

Im übrigen verbleibt es bei den Bestimmungen des Abkommens vom 12. Februar d. J.

Dieses Lohnabkommen gilt bis zum 31. März 1928. Es verlängert sich jeweils um einen weiteren Monat, sofern es nicht 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird.

Erklärungsfrist: 17. Oktober 1927, nachmittags 4 Uhr.

gez. Körner,
unparteiischer Vorsitzender.

Dieser Schiedspruch ist von Arbeitnehmerseite angenommen worden, da der Spruch mit den Stimmen der Arbeitgeberseite, die ja selbst an dem Ausgang interessiert sind, gefällt worden ist, so ist anzunehmen, daß die Annahme auch Arbeitgeberseite erfolgen dürfte. Mit der beiderseitigen Annahme würde ein kurzer Kampf sein Ende finden, dessen Auswirkungen bei längerer Dauer unübersehbare Folgen nach sich ziehen würde. Ohne Zweifel ist richtig, was bei den Verhandlungen wiederholt zum Ausdruck gekommen ist, daß beide Teile auf Leben und Verderb aufeinander angewiesen sind. Die Arbeitnehmer haben an der Zerstörung der Betriebe kein Interesse, auf der andern Seite müssen die Arbeitgeber auch zugeben, daß für die bis auf das höchste gesteigerte intensive Arbeit der Berliner Holzarbeiter auch eine angemessene Entlohnung erfolgen muß. Die Unternehmer versuchten ihre ablehnende Haltung zur Erhöhung der Löhne mit der Entlohnung im Reich und der damit verbundenen Konkurrenz zu rechtfertigen. Diese Sorge soll man unsern Kollegen nur im Reiche überlassen, denn die Verhältnisse zwingen auch diese einen Ausgleich für die verteuerte Lebenshaltung zu schaffen. Der größte Widerstand wurde der Forderung: Gewährung der Lohnzulagen auf die bestehenden Löhne und Akkordlöhne entgegen gesetzt. Mit Genugtuung muß festgestellt werden, daß der Schiedspruch dieser gerechten Forderung in vollem Umfange Rechnung getragen hat. Auf der andern Seite muß auch offen ausgesprochen werden, daß ohne Erfüllung dieser Forderung an eine Einigung nicht zu denken war.

Die Kollegen werden in dem ganzen Vorgehen erneut den Wert der Organisation erkannt haben. Wie im Reiche, so gibt es auch in Berlin eine Anzahl Holzarbeiter, die nie lägen, aber gerne mitemnten wollen. Für unsere Kollegen erwächst hieraus die dringende Pflicht, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, daß der letzte Holzarbeiter der Organisation zugeführt wird. In der Macht der Organisation liegt die Stärke, jeder wird zugeben müssen, daß nur durch das entschlossene Vorgehen dieser achtunggebietende Erfolg zu verzeichnen ist. Wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt worden sind, so werden sich die Kollegen, welche gegen die Annahme des Schiedspruches gestimmt haben, auch damit abfinden. Die Zeiten sind außerordentlich ernst, wir werden vielleicht noch vor ungeahnte Schwierigkeiten gestellt werden, wir sind unter Umständen gezwungen, Aufgaben zu lösen, welche das Einsetzen aller Kräfte erfordern. Darum gilt es, rechtzeitig die Reihen zu stärken,

Kampfbereit sein, bedeutet alles.

Nur vor Schluß der Redaktion erfahren wir, daß der Schiedspruch auch von den beiden Arbeitgeberorganisationen der Holzindustrie angenommen worden ist.

Unwahre Behauptung.

Der dem Verband der Deutschen Gewerksvereine angeschlossene Deutsche Fleischergefellensbund ist in jüngster Zeit gehässigen Angriffen des gegnerischen Fleischerverbandes und deren Presse ausgesetzt. Die Angriffe haben die Verbandsleitung veranlaßt, eine Unterredung über die aufgestellten Behauptungen herbeizuführen und ist auf Grund der Besprechung eine Erklärung abgegeben worden die folgendermaßen lautet:

Vom Zentralverband der Fleischer bzw. einigen seiner Bezirksleiter sind Flugblätter ohne Namensunterschrift verteilt worden, in denen die unwahre Behauptung aufgestellt wird, daß die Fleischermeister viele tausend Mark dem Bunde zuwenden.

Schon einmal haben wir ein Vorstandsmitglied des Zentralverbandes wegen einer derartigen Verleumdung verklagt. Vor Gericht hat dieser Verbändler diese Behauptung zurückgenommen.

Gewissenlose Elemente stellen diese Behauptungen erneut auf. Sie wollen damit den Deutschen Fleischergefellensbund in seiner glänzenden Fortentwicklung heimen und ihm das Recht der Tariffähigkeit streitig machen.

Gegenüber all diesen üblen Verdächtigungen erklären wir, daß wir niemals Gelder von Innungen für unsere Organisation von Arbeitgebern angeboten oder erhalten haben.

Wir weisen derartige Angriffe mit Entschiedenheit zurück und erklären die Urheber und Verbreiter dieser Behauptungen als gewissenlose Lügner und Verleumder.

Auch bezüglich der Stellungnahme des Fleischergefellensbundes zur Arbeitszeit und ihrer tariflichen Festlegung sind Angriffe des freigewerkschaftlichen Fleischerverbandes erfolgt. Sie treffen gleichfalls nicht zu. Der Deutsche Fleischergefellensbund lehnt den Achtstundentag grundsätzlich nicht ab. Er berücksichtigt nur bei Tarifverträgen die Eigenart des Fleischergewerbes und hat in vielen Fällen, in einzelnen sogar gemeinsam mit dem Zentralverband, diesbezügliche Tarifverträge abgeschlossen. Die Behauptung, der Fleischergefellensbund habe einzelnen Innungen eine Arbeitszeit von 60 Stunden angeboten, ist eine unwahre. Dahingehende Tarifverträge hat der Fleischerbund nicht abgeschlossen und wird es nicht tun. Im übrigen wird der demnächst stattfindende Bundestag des Fleischergefellensbundes zur Frage der Arbeitszeit Stellung nehmen.

D. Brednow,
1. Vorsitzender.

A. Mierisch,
Hauptkassierer.

A. Walzer,
Schriftführer.

Selbstverwaltung in der Sozialpolitik.

Der Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.) beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage der Sozialpolitik und gelangte nach einem Vortrage des Reichstagsabgeordneten Erkelenz, und einer eingehenden Besprechung des gesamten Wesens der Sozialpolitik zur Annahme nachfolgender Entschliessung:

Der Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine fordert erneut die endliche Einführung der vollen Selbstverwaltung für die gesamte Sozialversicherung. Nur eine uneingeschränkte Selbstverwaltung durch alle Beteiligten kann jene staatspolitische Erziehungsarbeit an den Massen der Arbeitnehmererschaft vollziehen, die zur völligen Einordnung in die Verantwortung der Demokratie notwendig ist. Die Versicherten müssen es ablehnen, weiter jene bürokratische Bevormundung zu dulden, die heute noch mehr oder minder in allen Zweigen der Sozialversicherung an der Tagesordnung ist. Zur vollen Selbstverwaltung gehört auch das Recht der Einsetzung aller, auch der höchsten Beamten, in die Versicherung. Die Kontrolle der sozialen Verwaltung durch die staatlichen Behörden hat sich auf wenige Hauptpunkte zu beschränken. Wichtiger ist es, die Kontrolle der Versicherung durch die Versicherten und die Arbeitgeber selbst anzuregen. Zu diesem Zwecke sind die Träger der Sozialversicherung in allen Organen so zu gestalten, daß die Versicherten selbst überwiegend zur Mitarbeit und Kontrolle herangezogen werden. Ein zu starkes Berufsbeamtentum in der Sozialversicherung ohne das starke Regulativ einer reinen Selbstverwaltung bedeutet für die Sozialversicherung eine Gefahr. Die zur Vorbeugung und zum Schutz der Gesundheit notwendigen Anstalten und Einrichtungen dürfen nicht Selbstzweck sein. Ihre Errichtung durch zu kleine Berührungsträger birgt für die Gesamtwirtschaft Gefahren.

Der Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine stellt fest, daß die Lohnabzüge für Beiträge zu den sozialen

Versicherungs-Einrichtungen, für Steuern usw. einen derart hohen Beitrag erreichen, daß damit die Kaufkraft der Massen der Bevölkerung wesentlich geschwächt wird. Eine weitere Steigerung dieser Beiträge ist erst möglich, wenn eine wesentliche Erhöhung der Löhne und Gehälter erzielt wird. Der Schwerpunkt der Sozialpolitik liegt deshalb bei den die Lohnkämpfe führenden Gewerkschaften, nicht aber bei der Sozialversicherung.

Berichtigung.

Im letzten „Nachrichtenblatt“ muß es bei der Angabe über die Namen der gewählten Abgeordneten heißen:

Gewählt für den 16. Wahlkreis ist

Schröter-Danzig.

Der Hauptvorstand.

Gewerbverein der Holzarbeiter Deutschlands Ortsverwaltung Berlin.

Die Ortsverwaltung Berlin veranstaltet aus Anlaß der in Berlin stattfindenden Delegierten-Versammlung eine

Begrüßungsfeier.

Dieselbe findet am Sonntag, den 6. November 1927, nachmittags 5 Uhr im Verbandshause, Greifswalder Straße 221—223 (Unionsfesthalle) statt.

Hierzu sind alle Mitglieder, die Kollegen der Brudergewerbvereine, alle Freunde unserer Bewegung und vor allem die Frauen auf das Herzlichste eingeladen.

Programm:

1. Begrüßungsaussprache des Hauptvorstehenden, Kollegen Schumacher.
2. Gesang.
3. Prolog.
4. Tanz.

Eintritt 0,75 Reichsmark. — Eintrittskarten sind bei den einzelnen Ortsvereinsvorständen in Empfang zu nehmen.

Der Vorstand der Ortsverwaltung Berlin.

Hobelbänke,

1a. Qualität, süddeutsche Ausführung, Blatt und Gestell ged. trock. Buchenholz, 200 Zmr. Blattlänge, mit Stahlspindeln, zum Reklamepreis von 95 Mk. mit Verpackung frei jeder Station. Abbildungen gratis. Werkzeugprospekte gegen 20 Pfg. Briefmarken.

1a Referenzen.

Max Walther, Dresden 22, Rebekecker Straße 53.

Sprechmaschinen in allen Preislagen

Lieferung überallhin bei geringer Anzahlung,

Rest gegen bequeme

Wochen-Raten von 1.— Mark an

Spielwaren in großer Auswahl

Hannibal-Gesellschaft, Halle-5. 310.

Katalog gratis und franko.

